

Luxemburg, den 6. Dezember 2021

Ernährungspolitik mit Zukunft: Neuer Minister, neues Glück?

Unsere Ernährung ist im Wandel. Lokaler Konsum, Bio und vegetarische sowie vegane Ernährung waren noch nie so stark im Trend wie heute. Immer mehr Menschen, insbesondere die jüngeren Generationen, hinterfragen die Herkunft der Lebensmittel, die auf ihrem Teller landen und die Bedingungen, unter denen sie hergestellt werden. Allgemein steigt das Bewusstsein dafür, **dass unsere Ernährung und auch die Landwirtschaft sich verändern müssen, damit wir alle gesünder leben, mehr Tierwohl garantieren und die Lebensgrundlagen unseres Planeten für die Zukunft erhalten können.**

In Luxemburg gingen 2019 etwa 7 % der Treibhausgasemissionen auf die Land- und Forstwirtschaft zurück. Während Methan- und Stickstoffemissionen in den vergangenen 30 Jahren in der EU im Durchschnitt stark gesunken sind, ist in Luxemburg jedoch eher wieder ein gegenteiliger Trend zu beobachten. Doch wir sind nicht nur mit einer Klimakrise konfrontiert, sondern stehen auch vor einer gewaltigen Biodiversitätskrise mit weitreichenden Folgen für uns Menschen. In Luxemburg befinden sich zwei Drittel der Habitate in schlechtem oder unzureichendem Zustand. Vor allem Offenland und Feuchtgebiete sind davon betroffen. Die Landwirtschaft ist der Hauptfaktor für diese Entwicklung¹ - das Produkt einer verfehlten Subventionspolitik der letzten Jahrzehnte.

Die Regierung ist sich diesen Herausforderungen bewusst und hat dementsprechend hohe Ziele definiert. So sollen beispielsweise die Treibhausgasemissionen in der Forst- und Landwirtschaft bis 2030 im Vergleich zu 2019 um 27 % sinken. Der Bio-Aktionsplan sieht außerdem vor, dass bis 2050 die landwirtschaftliche Fläche in Luxemburg zu 100 % biologisch bewirtschaftet werden soll, bis 2025 sollen es bereits mindestens 20 % sein.

Die Realität liegt bisweilen weit hinter den Ambitionen zurück: Heute werden nur etwa 5 % der landwirtschaftlichen Fläche biologisch bewirtschaftet.² Seit 2015 lag der jährliche Fortschritt bei etwa 0,3 %. **Ginge der Umbau weiter so schleppend voran, würden wir 2025 einen Bio-Anteil von 6,6 % erreichen. Fazit: Es werden dringend zusätzliche Maßnahmen benötigt, um die Ziele zu erreichen!**

Doch die Strategien und Gesetze, die derzeit im Bereich Ernährung und Landwirtschaft diskutiert werden, erwecken den Eindruck, dass die zuständigen Minister es mit dem Erreichen dieser ambitionierten Ziele bislang nicht ernst meinen. Dabei hat die Politik die Verantwortung, den positiven Ernährungswandel und den Ruf nach Klima- und Naturschutz, der besonders bei den jungen Generationen bereits eine Realität ist, proaktiv zu begleiten und zu fördern.

Mit Blick auf die anstehenden personellen Wechsel **fordern déi jonk gréng deshalb den angehenden Landwirtschaftsminister sowie alle anderen verantwortlichen Minister dazu auf, die Ambitionen auf mehreren Ebenen zu steigern:**

¹ <https://environnement.public.lu/content/dam/environnement/actualites/2020/09/observatoire/ODEN-Praesentation-09092020.pdf>

² <https://gouvernement.lu/dam-assets/documents/actualites/2021/03-mars/19-plan-pan-bio-2025/MinAgri-Evolution-surfaces-agricoles-bio.pdf>

1. Bio in Kantinen: Wo bleiben die Ambitionen?

Vor allem bei jungen Menschen ist die Ernährung im Wandel. Um diesem Wandel gerecht zu werden, wurde vor kurzem das Konzept *Food4Future* vorgestellt, mit dem das Angebot in den öffentlichen Schulkantinen nachhaltiger und gesünder aufgestellt werden soll. Das Konzept wurde auf Nachfrage von Schüler:innen ausgearbeitet - allein das zeigt, wie wichtig dieses Thema für die jungen Generationen ist. Der Plan sieht vor, dass weitaus mehr vegetarische und vegane Gerichte angeboten werden sollen und vermehrt auf saisonale, regionale und biologische Produkte zurückgegriffen werden soll - was wir ausdrücklich begrüßen.

Doch leider wurde es hier verpasst, den Staat zu einem Vorreiter im Bereich der Bio-Landwirtschaft zu machen. Dem Konzept zufolge sollen ab 2025 die Hälfte der Produkte, die Restopolis anbietet, aus Luxemburg stammen, und nur 20% aus biologischem Anbau. Somit geht das Bildungsministerium leider nicht über die Ziele des Bioaktionsplans hinaus. **Angesichts der Tatsache, dass der Ausbau der Bio-Landwirtschaft bislang nur schleppend vorangeht, sollte der Staat hier eine Vorreiterrolle einnehmen um seinen Zielen, anhand von höheren Ambitionen auf Ebene der Schulkantinen, gerecht zu werden.** Dies würde eine höhere lokale Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln schaffen und somit landwirtschaftlichen Betrieben einen zusätzlichen Anreiz geben, auf Bio umzusteigen.

Darüber hinaus sollte das im Moment im Parlament diskutierte Gesetz über den gesetzlichen Rahmen von Restopolis zum Anlass genommen werden, **um die Ziele des Food4Future Konzepts gesetzlich bindend in den Missionen von Restopolis festzuschreiben.** Somit wären eine gewissenhafte Umsetzung und Weiterentwicklung der Maßnahmen über die aktuelle Legislaturperiode hinaus sichergestellt.

2. Die Jugend konsequent an der Ernährungspolitik beteiligen

Vor allem die jungen Generationen werden von den Maßnahmen, die heute in der Ernährungspolitik beschlossen werden, in Zukunft betroffen sein. Doch ihre Ansichten und Forderungen werden bisher nicht systematisch in die Entscheidungsprozesse integriert. Es reicht nicht, der Jugend nur zuzuhören, sondern sie muss stärker an politischen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden.

Im Restopolis-Gesetz ist die Schaffung eines Begleitausschusses vorgesehen, der Restopolis zu den Themen ausgewogene Ernährung, lokale, biologische und saisonale Lebensmittel sowie Lebensmittelverschwendung beraten soll. Dieser Ausschuss soll sich aus Vertreter:innen unterschiedlicher Ministerien zusammensetzen und sich mindestens zweimal im Jahr treffen. **Wir fordern, dass auch Schüler:innen und Student:innen in diesem Rat vertreten sind.** Sie essen oft täglich in einer Restopolis-Einrichtung und können die Umsetzung der vorgesehenen Konzepte aus eigener Hand bewerten.

Auch beim Ernährungsrat, der im neuen Ernährungsgesetz³ vorgesehen ist und der die Regierung in der Ernährungspolitik beraten soll, **müssen unbedingt junge Menschen ihren Platz bekommen, um die Ernährungspolitik der Zukunft mitgestalten zu können.**

³ Projet de loi n.7887 relative à la mise en place et la coordination de la politique alimentaire

3. Labeling-Gesetz: mehr Transparenz statt Greenwashing!

Seit einigen Monaten wird im Parlament an einem Gesetzesvorschlag⁴ gearbeitet, mit dem ein Qualitätslabel für Lebensmittel eingeführt werden soll. Eine solche Zertifizierung bietet tatsächlich die Gelegenheit, qualitativ hochwertige, regionale und nachhaltig produzierte Lebensmittel konsequent zu fördern und die Transparenz für Konsument:innen zu stärken.

Doch der vorliegende Gesetzesentwurf des Landwirtschaftsministeriums liegt weit hinter diesen Ambitionen zurück. Der Entwurf sieht insgesamt 26 Kriterien in drei Kategorien vor: 1) Qualität – Geschmack, 2) Regional – Solidarität und 3) Umwelt – Tierwohl. Doch um das Label zu bekommen, muss ein Produkt nur 3 Kriterien in jeder Kategorie erfüllen, also insgesamt nur 9 von 26. **Das ist unzureichend und ambitionslos, weil somit auch Produkte das Label bekommen können, die alles andere als nachhaltig produziert wurden.**

Die Zertifizierung gibt den Konsument:innen somit keine klare Auskunft über die Nachhaltigkeit der zertifizierten Produkte und schafft auch keinen Anreiz für landwirtschaftliche Betriebe, über die gesetzlich festgelegten Minimalkriterien hinaus zu gehen und tatsächlich nachhaltiger zu arbeiten. Im Gegenteil: Das Gesetz riskiert, den Verbraucher:innen etwas als gesund und nachhaltig zu verkaufen was es in Wirklichkeit nicht ist. Ein klarer Fall von Greenwashing.

Wir fordern deshalb, dass das Landwirtschaftsministerium bzw. das Parlament noch einmal im Sinne einer verstärkten Transparenz für Konsument:innen nachbessert. Einerseits sollten die Mindestkriterien verschärft werden, z.B. durch obligatorische Kriterien für Umwelt- und Wasserschutz und den reduzierten Einsatz von Pestiziden und Antibiotika. Andererseits muss das Label auch optisch überarbeitet werden und in jeder Kategorie den Verbraucher:innen bei der Kaufentscheidung klar aufzeigen, inwiefern das Produkt nur die Mindestkriterien erfüllt oder darüber hinausgeht.

4. GAP-Strategieplan: derzeit keine Strategie in Sicht!

Der nationale Strategieplan zur Umsetzung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) definiert, wie die neue GAP für die Periode 2023-2027 in Luxemburg umgesetzt werden soll und ist somit ein wichtiger Wegweiser für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft. **Doch der Entwurf, den das Landwirtschaftsministerium vor einigen Wochen vorgestellt hat, enthält statt einer klaren Strategie eine unstrukturierte Ansammlung vieler einzelner Maßnahmen.** Wenngleich einige sinnvolle Maßnahmen enthalten sind, so fehlt es doch an einem stimmigen Gesamtbild, welches den aktuellen gesellschaftlichen und ökologischen Wandel angemessen begleitet.

Dabei bietet die Umsetzung der GAP eine einmalige Chance, um im Interesse aller Bürger:innen den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft hin zu Klimaneutralität und mehr Umweltschutz zu beschleunigen. Im Sinne einer zukunftsfähigen Landwirtschaft, die den Verbraucher:innen eine nachhaltige, gesunde und regionale Ernährung garantiert, **fordern wir, dass der Schutz der Biodiversität, die Diversifizierung des Sektors sowie der Ausbau der Bio-Landwirtschaft als zentrale Ziele der Strategie definiert werden.**

Um das umzusetzen, reicht es nicht, nur die Mindestvorgaben der GAP zu übernehmen, so wie es der Entwurf des Landwirtschaftsministeriums vorsieht. **Statt der vorgeschriebenen**

⁴ Projet de loi n.7672 relative à l'agrément d'un système de qualité ou de certification des produits agricoles

25%, fordern wir, dass mindestens 40% des Budgets für Prämien für nachhaltiges Bewirtschaften (Eco-Schemes) vorgesehen werden.

In der Vergangenheit wurde Luxemburg bereits von der EU-Kommission gerügt, weil bestehende Öko-Prämien zwar viel genutzt, jedoch keinen nachweislichen Nutzen für die Umwelt bringen. In Zukunft ist deshalb mehr Verbindlichkeit notwendig, um dafür zu sorgen, dass die Prämien auch tatsächlich zu einer nachhaltigeren Bewirtschaftung führen. **So sollte beispielsweise der obligatorische Flächenanteil für nicht-produktive Flächen zugunsten der Biodiversität erhöht werden.**

Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass sich Umwelt- und Klimaschutz für Landwirte lohnt und besonders den zahlreichen Jungbäuerinnen und -bauern langfristige Zukunftsperspektiven bietet. **Deshalb schlagen wir vor, die biologische Bewirtschaftung innerhalb der Eco-Schemes zu fördern.** Dies würde das Erreichen der Ziele des Bioaktionsplans beschleunigen.

Nur anhand einer klaren und transparenten Strategie kann den Betrieben die Planungssicherheit gewährleistet werden, die sie brauchen, um mit auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu gehen.

Ernährung von morgen: jetzt die richtigen Weichen stellen!

Die Dringlichkeit der Klima- und Biodiversitätskrise lässt es nicht zu, dass sich die Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft im Kreis drehen. Die oben genannten Strategien und Gesetze können einen maßgeblichen Einfluss sowohl auf die Lebensmittelproduktion als auch auf die gesellschaftlichen Ernährungsformen nehmen, um eine Ernährungspolitik mit Zukunft zu schaffen. Wir erwarten deshalb, dass alle verantwortlichen Ministerien jetzt ihre Verantwortung übernehmen und an den bereits genannten Stellen nachbessern. **Sowohl das Landwirtschaftsministerium, samt neuem Minister, als auch das Bildungsministerium sind jetzt gefordert, endlich jenen gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen, die die junge Generation freitags auf den Straßen aber auch zuhause am Esstisch bereits angestoßen hat.**

Kontakt:

Tanja Duprez - Co-Sprecherin déi jonk gréng, tanja@jonkgreng.lu +352 691 965 787

Fabricio Costa - Membre vum Comité déi jonk gréng, fabricio@jonkgreng.lu, +352 621 492 136

